



Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Zahlreiche Kinder- und Jugendthemen standen auf der Agenda der Remchinger Ratssitzung am Donnerstagabend. Schon vor Beginn der Sitzung präsentierten Schülerinnen und Schüler der achten Klassen aller weiterführenden Schulen und des Sperlingshofs einigen Gemeinderäten und der Verwaltung ihre Anregungen und Wünsche, die sie im Rahmen des 8er-Rats erarbeitet hatten. Diese reichten von einer größeren Rutsche für das Freibad über eine möglichst ortsnahe Hütte als Jugendtreffpunkt, etwa beim Spielplatz neben dem FCG-Gelände. Dafür boten die Schüler auch ihre Mithilfe an. Neben kostengünstigen Projekten wie einem „School Swap“ oder einer Fortführung der Weihnachtsdeko-Aktion stand einmal mehr auch der Bikepark auf der Agenda – ein Dauerbrenner, den sich die Jugendlichen schon vor gut 15 Jahren wünschten, der aber bei mehreren Anläufen immer wieder an der passenden Örtlichkeit scheiterte. Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung, die Vorschläge innerhalb eines halben Jahres auf Umsetzbarkeit zu prüfen.

Fehlender Haushaltsplan erschwert Beschlüsse im Remchinger Rat

Maßgeblich wird dabei auch sein, inwieweit der Gemeindehaushalt Spielraum für die Investitionen lässt. Dass die Gemeinde wie berichtet noch immer keinen Haushalt für das laufende Jahr hat, machte den Räten bei den folgenden Beschlüssen zu schaffen. Während sie eine IT-Ersatzbeschaffung für die Realschule in Höhe von rund 70.000 Euro an einen Pforzheimer Anbieter aufgrund einer sonst drohenden Sicherheitslücke vergeben konnten, vertagte der Technik- und Umweltausschuss bei einer Gegenstimme die Entscheidung, ob die Gemeinde eine marode, momentan gesperrte Fußgängerbrücke nahe des Nöttinger Rückhaltebeckens erneuern soll. Da die Brücke seit längerer Zeit gesperrt ist, handle es sich hier nicht um eine Ersatzbeschaffung, verdeutlichte Bürgermeisterin Julia Wieland. Trotzdem soll das bestehende Holzbauwerk auf Vorschlag von Bauamtsleiter Markus Becker aus Sicherheitsgründen schon jetzt entfernt werden – ebenso wie eine dortige Feuerstelle, während die Sitzgelegenheiten bleiben sollen.

Nicht aufschieben kann die Gemeinde die ersten Personaleinstellungen für den Kinder- und Jugendcampus, der mit Kernzeitbetreuung, Mensa und Kindergarten im September in Betrieb gehen soll. Nach Absprache mit der Rechtsaufsichtsbehörde des Enzkreises schlug die Gemeinde daher vor, bis Dezember dieses Jahres die Besetzung von 8,15 neuen Stellen (200.000 Euro Personalkosten) im Vorgriff auf den Haushalts- und Stellenplan 2025 zu beschließen. Weitere Einstellungen sollen sukzessive folgen, insgesamt sind für den Campus 15,3 Stellen vorgesehen. Die Räte stimmten dem einstimmig zu.

Dabei verdeutlichte Wieland, dass sich die Haushaltsverabschiedung noch länger verzögern wird als angenommen. Erst habe sich der Kämmerer, der seit anderthalb Jahren in der Gemeinde ist, einarbeiten müssen. Zudem habe es umfangreiche Umstrukturierungen gegeben. Nun komme hinzu, dass der Kämmerer krankheitsbedingt längere Zeit ausfallen werde. Sein Stellvertreter und das restliche Rechnungsamt seien stark überlastet und bisher nicht in die Haushaltsplanung involviert gewesen. Daher will die Gemeinde nun ein externes Fachbüro mit der Haushaltsplanung zu beauftragen, worüber der Rat bei der kommenden Sitzung entscheiden soll. Der Plan für dieses Jahr solle dann im Oktober beraten und im November verabschiedet werden. „Wir werden aus diesen Erfahrungen lernen und den Plan für 2026 rechtzeitig angehen“, erklärte Wieland.

Essenpreise sorgen für Diskussion

Uneins war sich der Gemeinderat über die Höhe der Bezuschussung von Mittagessen aus der neuen Mensa. Wie berichtet sollen vom neuen Kinder- und Jugendcampus in Wilferdingen aus ab Herbst auch die kommunalen Kindergärten und die Schulen beliefert werden. Bisher hatten diese alle unterschiedliche Anbieter und Essenspreise, die nun vereinheitlicht werden. Die Gemeindeverwaltung schlug nun Abgabepreise von 3,90 Euro im Kindergarten, 4,20 Euro in der Grundschule und 4,50 Euro an weiterführenden Schulen vor.

Diese könne man anbieten, wenn die Gemeinde pro Essen zusätzlich einen Zuschuss von 2,65 Euro übernehme, der neben einer Dienstleistungspauschale für den Anbieter auch Personal- und Energiekosten etwa bei der Essensausgabe einbezieht. Trotzdem läge man günstiger als bisher, da die Gemeinde aktuell etwa 2,94 Euro pro Essen bezuschussen würde, also pro Jahr etwa 136.500 Euro, erklärte Amtsleiterin Britta Hoffmann. Sie plädierte für den Zuschuss, um die Nachfrage hoch zu halten. Gegen eine Bezuschussung sprach sich Felix Casper mit der CDU-Fraktion aus: „Wir haben einen tollen Campus für unglaubliche Kosten gebaut. Gleichzeitig wissen wir nicht, wie stark unser Haushalt belastet ist, da wir ihn noch nicht kennen.“ Auch Martin Rothweiler (Freie Wählervereinigung) plädierte dafür, die Kosten den Eltern zu übertragen: „Das Essen ist es wert – wenn sich die Kinder einen

Döner holen, kostet der mittlerweile auch 6,50 Euro.“ Auch Klaus Fingerhut (Grüne) verwies auf das Gebot der Kostendeckung, während Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) feststellte: „Wir haben eine neue Zeit – überall im Land muss gespart werden. Da kann man nicht erklären, dass der Steuerzahler auch noch Essenskosten für die Schüler übernehmen soll.“ Auf Antrag von Martin Gegenheimer (CDU) vertagte der Rat die Entscheidung einstimmig.

Kosten für Schulkindbetreuung steigen

Rund zehn Prozent erhöht hat der Remchinger Gemeinderat die Gebühren für die Schulkindbetreuung aufgrund gestiegener Personal- und Rahmenkosten. Demnach kostet die Kernzeitbetreuung je nach Umfang monatlich 61 bis 102 Euro für das erste und 39 bis 72 Euro für das zweite Kind. Mittagessen werden separat abgerechnet. Die Hausaufgabenbetreuung kostet an der Grundschule 31 und an der Realschule 33 Euro. Die Kosten für die Ferienbetreuung sind etwas mehr gestiegen und betragen je nach Modul pro Woche 30 bis 35 Euro.

„Enzwerk“ soll nachhaltige Energieversorgung bringen

Die Idee des „Enzwerks“ als gemeinsame Energie- und Versorgungsgesellschaft für möglichst viele Kommunen des Enzkreises präsentierte Aik Wirsbinna, Mitgeschäftsführer der Stadtwerke Pforzheim (SWP). Im Rahmen einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft, die zu 65 Prozent den Kommunen und zu 35 Prozent der SWP gehören soll, wolle man dadurch gemeinsam Produkte für Strom und Gas anbieten – je nach Wunsch der einzelnen beteiligten Gemeinden – aber auch für die Breitband- und Trinkwasserversorgung, den Netzbetrieb, Nahwärme, Windkraft oder Dienstleistungen wie die Straßenbeleuchtung. Insbesondere solle die Gesellschaft dabei Nachhaltigkeitsziele umsetzen. Sie soll von allen interessierten Gemeinden Ende 2025 gegründet werden.

Die Idee, die die SWP im Vorfeld schon bei einer größeren Veranstaltung den Kommunen präsentierte, nahmen die Remchinger Räte zur Kenntnis. Bei der nächsten Sitzung wollen sie über eine Interessensbekundung entscheiden. Tomislav Glavas (SPD) erfuhr auf Nachfrage, dass die Gesellschaft Mitsprachrechte beispielsweise nach Einwohnerzahl, aber auch nach anderen Schlüsseln gewähren könne – das sei nicht vorgegeben, sondern soll von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe festgelegt werden. Die Übernahme von Netzen sei dabei ein langfristiger Prozess, da für einige noch lange Vertragslaufzeiten bestehen – in Remchingen laufen die Strom- und Gaskonzessionen bis Sommer 2030. Kurt Ebel (CDU) verwies auf Mitbewerber im Enzkreis. „Wenn der Zug mal losfährt, will ich nach vorne schauen“, erklärte Wirsbinna daraufhin. „Wir müssen nicht Rücksicht nehmen auf die, die dann noch an der Haltestelle stehen.“

Infoveranstaltung zu Windkraft-Entscheid geplant

Wie es in Sachen Bürgerbeteiligung zur Windkraft im Ranntal weitergehe, fragte Karl-Heinz Plangl aus Darmsbach bei der Ratssitzung: „Das Thema ist noch nicht so wirklich angekommen in der Bevölkerung – aber ohne genügend Leute fehlt uns das Quorum.“ Bürgermeisterin Julia Wieland verwies auf eine Infoveranstaltung, die am Dienstag, 24. Juni, um 19 Uhr in der Kulturhalle stattfindet – im Vorfeld des Bürgerentscheids am Sonntag, 20. Juli. Außerdem verteile die Gemeinde Ende Juni eine Abstimmungszeitung an alle Haushalte. Bereits jetzt ist sie online abrufbar unter www.remchingen.de/windkraft.

Gemeinde prüft Wasserschäden am Rathaus

Bauamtsleiter Markus Becker informierte in Sachen Wasserschaden am Remchinger Rathausneubau. Erste Grabungen hätten gezeigt, dass die betroffenen Rohreinführungen an der Fassade „eigenwillig gestaltet“ seien, sodass die Gemeinde alle separat aufbaggern und prüfen müsse. An der ersten hätten sich die Dichtungen verschoben, weshalb die Gemeinde eine neue Dichtung gesetzt und mit Harz vergossen habe – mit „relativ erschwinglichen Mitteln für einen niedrigen vierstelligen Betrag“, so Becker.

Julian Zachmann